

# Presseinformation



*Es gilt das gesprochene Wort!*

TOP 23 – Mikroplastikeinträge einschränken

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Marlies Fritzen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 110.19 / 08.03.2019**

## **Weniger (Mikro-)Plastik ist mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz**

Mikroplastik ist derzeit in aller Munde – und das kann man wörtlich nehmen. Denn immer mehr Mikroplastik gelangt durch alle möglichen Verwendungen in unsere Umwelt. Die Partikel sind so klein, dass sie zum Beispiel aus Kläranlagen nicht vollständig herausgefiltert werden können. Kunststoff ist langlebig und wird in der Natur über Jahrhunderte nicht abgebaut. Am Ende landet es in Fischen und anderen Meerestieren und schließlich auf unserem Teller.

Kunststoff ist aus unserem Alltag andererseits kaum wegzudenken. Er ist flexibel form- und einsetzbar und ein Totalverbot jeglicher Nutzung daher nicht realistisch. Absurd ist es allerdings, dass die besonders langlebigen Kunststoffe zuhauf für eine kurzfristige, meist einmalige Nutzung eingesetzt werden. Es gibt Anwendungsbereiche, in denen aus meiner Sicht der Plastikverbrauch drastisch gesenkt, beziehungsweise verboten gehört. Ich nenne als Beispiele Einweggeschirr oder Mikroplastik in Kosmetika, aber auch Plastiktüten, ohne die ein Einkauf durchaus nicht unmöglich ist. Ich bin hier für ein Verbot nicht um des Verbots willen, sondern weil es freiwillig ganz offensichtlich nicht klappt. Ich erinnere nur an die Diskussion über „zehn Pfennig für eine Plastiktüte beim Kaufmann“, die bereits anlässlich der Ölkrise in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts geführt wurde.

32 Millionen Tonnen Plastikmüll landen jährlich weltweit in der Umwelt. Das macht rund eine LKW-Ladung pro Minute. 2018 hat sich der Anteil der Kunststoffverpackungen um vier Prozent erhöht. Ob die Initiative von Umweltministerin Schulze Erfolg hat, über freiwillige Vereinbarungen mit den Lebensmittelproduzenten zu deutlichen Reduktionen zu gelangen, werden wir sehen. Es wäre schön, wenn es gelänge. Große Hoffnungen mache ich mir da allerdings nicht.

Das Ziel muss eine echte Kreislaufwirtschaft sein. Hier ist Deutschland Schlusslicht: 60

Prozent der Abfälle werden immer noch verbrannt statt sinnvoll wiederverwertet. Das neue Verpackungsgesetz ändert daran leider nur wenig bis nichts, weil es zwar Ziele beschreibt, aber keine Sanktionen für deren Nichterreichung enthält. Produzenten müssten endlich verpflichtet werden, den Kunststoffmüll zurückzunehmen und damit Verantwortung für ihre Produkte übernehmen. Dann nämlich würden sie sich ernsthaft um weniger Müll bemühen, um Kosten zu sparen.

Die Bundesratsinitiativen aus Hamburg und Thüringen sowie aus Bayern begrüßen wir natürlich vor diesem Hintergrund. Weniger (Mikro-)Plastik ist mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz. Das muss unser aller Ziel sein.

Die Wege dahin dürfen gerne freiwillig beschritten werden, müssen am Ende aber auch wirksam sein.

\*\*\*